

BEZIRKSVERTRETUNG GADDERBAUM

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 17.11.2022

Zu Punkt 11.2
(öffentlich)

Johannistal zw. Uhlandstraße und Auf-/Abfahrt OWD Herstellung einer Radverkehrsführung

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 5006/2020-2025

Frau Pfaff ruft die Vorlage auf und begrüßt Herrn Spree vom Amt für Verkehr.

Zu Punkt 1:

Herr Heimbeck merkt an, dass die Mehrheitsfraktion sich für die Variante 6 ausgesprochen habe, der Nachteil sei dort, dass bergauf auf einem Hochboard und bergab auf der Straße gefahren werden müsse. Der Radweg von der Uhlandstraße bis zum Tierpark lasse sich sehr gut hoch- und herunterfahren, da er übersichtlich sei. Die Fahrradfahrer seien nicht im Straßenraum und ein Wechsel der Straßenseite sei nicht erforderlich. Er präferiere die kostengünstigere Variante 1b für Fahrradfahrer.

Herr Brunnert teilt mit, dass das vorläufige Meinungsbild am 18.10.2022 nicht entscheidend sei. Man sei nicht mit allem einverstanden gewesen und es sei kontrovers diskutiert worden und daraufhin sei die Verwaltungsvorlage erstellt worden. Man müsse über sieben Aspekte entscheiden. Es gehe um einen Zweirichtungsrادweg. Auf der Friedhofsseite und an der KiTa gebe es wenig Hauseingänge. Die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ werde die Variante 6 befürworten.

Herr Strauch führt aus, dass es keine optimale Lösung gebe, es gebe nur eine Kompromisslösung. Die Variante 6 sei eine halbe Lösung und sei subjektiv nicht sicher. Auch die Variante 1b habe Schwächen. Die Radfahrer würden nicht auf einer vollbefahrenen Straße fahren wollen. Der Gehweg werde benutzt. Man müsse im Sinne der Verkehrswende die beste Lösung finden. Im Johannistal gebe es einen guten Überweg bis Hoberge ohne Queren, ohne Kreisverkehr. Die Kreuzung bei Herrn Faust sei gut, funktional gelöst und ästhetisch. Der Verkehr laufe gut ab, aber dort gebe es auch keinen Rad- und Fußgängerverkehr. Es seien sich alle einig, dass es keine ideale Lösung gebe. Er habe Bedenken bei Variante 6, bergab sei der Bürgersteig breiter und die Fahrradfahrer würden auf dem Bordstein fahren. Zudem sei man 165 cm näher an der Wohnbebauung. Die Parkstreifen würden das Licht und den Lärm wegnehmen, der Verkehr sei langsamer durch die geparkten Autos, dadurch ergebe sich ein Schutz. Er sehe in der Variante 1b ein Problem für Fußgänger. Bei der Geräuschentwicklung höre man kein von hinten heranfahrendes Fahrrad, zudem werde knapp überholt. Die Fahrräder seien elektrifiziert,

schneller und leise. Es gebe für sie, insbesondere E-Bikes mittlerweile eine Richtgeschwindigkeit von 30 km/h. Er präferiere daher die Variante 2 mit Schutzstreifen, da die rechtliche Situation klarer werde und somit werde die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer auch dadurch klar. Der Radentscheid dürfe nicht die Konsequenz haben, dass Fußgänger benachteiligt würden. Der Ort sei völlig unauffällig bei Unfällen mit Radfahrern. In der Summe sei daher die Variante 2 die beste.

Herr Weigert merkt an, dass er sich den Argumenten des Herrn Spilker anschließen könne und entscheide sich ebenfalls für die Variante 2.

Herr Heimbeck bittet darum, dass bei den sieben Punkten, der erste und zweite Punkt einzeln abgestimmt werde.

Frau Pfaff erwidert, dass sie jeden Punkt einzeln abstimmen lassen werde.

Herr Brunnert teilt mit, dass dort nur Schutzstreifen auf beiden Seiten seien, Die Variante 6 biete mehr Abstand zu den Autos, dann könne parallel zu 1,70 m Gehweg ein Schutzstreifen aufgetragen werden, so werde die Verkehrsgeschwindigkeit deutlich reduziert.

Herr Spree erklärt, dass auch bergab bei der Variante 6 ein Schutzstreifen eingerichtet werden könne, das sei von den Breiten her möglich.

Herr Klein weist auf den Klimawandel und den von der Stadt Bielefeld ausgerufenen Klimanotstand hin. Autos und Parkplätze seien zu vermindern. Dagegen solle der Rad- und Fußgängerverkehr gestärkt werden, wobei der Radverkehr bevorzugt werden solle, insofern müsse man Opfer bringen. Das Wohlbefinden für Radfahrer müsse gestärkt werden. Man müsse vehement und mutig sein.

Herr Brunnert führt aus, dass die straßenverkehrsrechtlichen Aspekte beachtet werden müssten. Auf der südlichen Seite solle ein Schutzstreifen eingerichtet werden. Wenn man die Querschnitte vergleiche, komme man zu einem Ergebnis von 6 m. Bzgl. Ziffer 1 schlage er vor, folgenden Satz zu ergänzen: Auf der südlichen Seite soll ein Schutzstreifen von 1,50 m eingerichtet werden.

Herr Spilker teilt zur Straßenanhebung mit, dass es eine derartige Konstruktion in Bielefeld nicht gebe, er könne sich mittlerweile aber sehr wohl Fahrgeräusche vorstellen. Derzeit sei es ein gleitendes, leises und durchgehendes Geräusch, während er mit der Anhebung, die ein Abbremsen und Anfahren mit sich bringe, laute Geräusche befürchte. Zudem sei fraglich, was insofern bei Notfalleinsätzen geschehe, da es sich um eine Einfallstraße handele.

Herr Spree erwidert, dass keine Abstimmung mit den Rettungsdiensten erfolgt sei.

Herr Strauch merkt an, dass er eine besondere Sicherheit nicht gesehen habe, es ändere sich nichts.

Herr Brunnert teilt mit, dass der Schutzstreifen nicht so viel bringe, wie die parkenden Autos, aber Distanz schaffe.

Herr Faust führt aus, dass er gegen eine Rampe und gegen den Wegfall der Ampel sei. Alle Bürger seien für die Ampel, eine Schwelle sei hingegen nicht nötig. Der Flüsterasphalt würde mit der Rampe nichtig gemacht. Die Ampel sei wichtig, daher spreche er sich ebenfalls für die Variante 2 aus. Er merkt an, dass in dem Beschlussvorschlag zum ersten Punkt die Anlage 3.4 aufgenommen werden solle, damit Klarheit herrsche.

Zu Punkt 2:

Herr Strauch merkt an, dass er den Sinn des Kreisverkehrs nicht sehe. Eine Anhebung nehme die Geschwindigkeit heraus, das reiche für eine Geschwindigkeitsreduzierung aus. Ein Kreisverkehr sei überflüssig und er sei dagegen. Er mache lediglich Sinn für einen Verkehrsfluss.

Herr Klein teilt mit, dass man, wenn man bergauf fahre, man nach links wechseln könne, dieser Wechsel sei dann viel leichter. Die Verringerung habe eine Signalwirkung, flüssiger sei es an der Stelle aber nicht.

Herr Brunnert führt aus, dass der Verkehr sich verringere und man mehr sehe. Man müsse einen Schlenker machen, das werde zur Beruhigung beitragen. Durch den Kreisverkehr werde der Richtungswechsel erleichtert.

Herr Heimbeck ist der Ansicht, dass jeder ortskundige Auto- und LKW-Fahrer über den Kreisverkehr fahren werde.

Zu Punkt 3:

Herr Spilker merkt an, dass es so bleiben solle, wie es sei.

Herr Brunnert teilt mit, dass es sehr schön aussehe und funktioniere. Der breite Radweg ändere sich und es gebe eine Verschiebung. Es werde eine deutlichere Verbesserung zu den früheren Verhältnissen geben.

Zu Punkt 4:

Aus der Mitte der Bezirksvertretung Gadderbaum ergeht folgende Änderung des Beschlussvorschlags: Aufstellung, statt Herstellung.

Zu Punkt 5:

Herr Brunnert führt aus, dass die Fußgängerampel schnell funktioniere, aber ein Fußgängerüberweg schneller sei, wie er vor der KiTa ausgeführt sei. Eine Fahrbahnanhebung werde zwar einen Unterschied herbeiführen, sei aber nicht laut. Dadurch sei klarer, dass langsam gefahren werden müsse. Das Ziel sei 30 km/h.

Herr Faust teilt mit, dass die Stelle sehr gefährlich sei und er viele Menschen befragt habe. Jeder sei für eine Ampel. Die KiTa könne sodann an einer Ampel und an einem Fußgängerüberweg üben. Die Kindersicherheit stehe im Vordergrund und man müsse an die Fußgänger denken.

Zu Punkt 6:

Herr Spilker merkt an, dass erstens der Hauptverkehr über die Brücke und den Friedhof komme, dass zweitens die Fußgänger leiden würden und dass drittens der grüne Streifen dem Lärmschutz diene und den Tieren der Platz genommen werde. Zudem sei es dort abschüssig. Es sei auch nicht gut für Fahrräder.

Herr Strauch ist der Ansicht, dass es Probleme für den Fahrradverkehr gebe. Die Parkplätze würden wegfallen und die Personen wollten nicht weit laufen. Es sei aber nicht so beengt, wie in der Innenstadt. Man solle die Parksituation zunächst beobachten. Er werde einen Parkplatz nicht grundsätzlich ausschließen, es würde von der Entwicklung abhängen. Der Punkt solle geschoben werden, die Maßnahmen sollten erst umgesetzt werden. Die Notwendigkeit sei derzeit fraglich, insofern werde er dagegen stimmen.

Frau Pfaff fragt, ob es Landes- oder Bundesmittel dafür gebe?

Herr Spree erwidert, dass es für die Stellplätze keine Fördermittel gebe.

Herr Brunnert teilt mit, dass er die Idee des Herrn Strauch gut finde und man den Punkt auf später verschieben solle. Eine Parkregelung sei unmöglich. Der Eingriff in die Natur sei erheblich. Dort sei eine dichte Bepflanzung und nicht nur ein paar kleine, einzelne Bäume. Der Lärmschutz betrage 1 dbA. Der Parkplatz könne voll sein, das bedeute eine zusätzliche Gefährdung durch Auffahrunfälle. Er sei derzeit ebenfalls dagegen, aber er wolle den Punkt auch lieber verschieben, da die Entscheidung nun fraglich sei.

Herr Heimbeck führt aus, dass er sich dem Vorschlag des Herrn Strauch anschließe. Man solle ein bis eineinhalb Jahre warten, wie die Entwicklung sei.

Herr Spilker merkt an, dass er den Punkt wegen des Rückstaus ablehne.

Herr Faust teilt mit, dass er sich Herrn Spilker anschlieÙe. Zudem fragt er, wie es mit der Wasserföhrung, insbesondere bei Starkregen sei?

Herr Spree erwidert, dass die Situation verbessert werde.

Herr Strauch ist ebenfalls der Ansicht, dass der Punkt nach Umsetzung der Maßnahmen verschoben werden solle, da keine Fördergelder wegfallen würden. Man müsse das Pro und Contra genau abwägen, ob ein Parkplatz überhaupt notwendig sei.

Herr Weigert führt aus, dass in ein bis zwei Jahren der Punkt neu aufgesetzt werden solle.

Herr Hellermann weist daraufhin, dass Herr Strauch die Verschiebung der Maßnahme beantragt habe.

Herr Heimbeck merkt an, dass er es wie Herr Weigert sehe.

Herr Spilker ist der Ansicht, dass es korrekter sei, wenn man diesen Punkt jetzt ablehne, denn ansonsten würden die folgenden Mitglieder der Bezirksvertretung Gadderbaum für die Zukunft festgelegt.

Herr Strauch möchte, dass erste Erfahrungen zur Parkplatzsituation von der Verwaltung evaluiert und ein Jahr nach der Umsetzung der Baumaßnahmen neue Planungen von der Verwaltung erstellt würden.

Herr Heimbeck fragt, wieso zwei Parkplätze und nicht nur ein Parkplatz vorgeschlagen werde?

Frau Pfaff merkt an, dass das Schild seitlich aufgestellt und nichts auf der Straße aufgemalt werde.

Herr Brunnert teilt mit, dass ein Schild unproblematisch sei, da es jederzeit abmontiert werden könne. Der Wald sei hingegen ein Problem, die Kosten seien zudem hoch.

Herr Spilker merkt an, dass die Notwendigkeit bestehe. Das Chaos sei nicht tragbar. Der Verkehr werde jedoch gestaut etc., das sei kontraproduktiv. Die Lösung schaffe mehr Probleme, insbesondere für Radfahrer.

Frau Pfaff erwidert, dass man die Kinder auf der Seite des Bürgersteiges aussteigen lasse. Die Montage der Schilder sei leicht umzukehren, falls sie nicht erfolgreich sei. Zudem bedankt sie sich im Namen der Bezirksvertretung Gadderbaum für die ausführliche Berichterstattung.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt:

1. Die Umgestaltung der Straße Johannistal entsprechend der Variante 6 (Geh-/Radweg Nordseite, Einrichtungsradverkehr) (Anlage 3.4) gemäß beigefügtem Querschnitt 2.8 (Anlage 2). Auf der südlichen Seite soll ein Schutzstreifen von 1,50 m eingerichtet werden.

8 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

2. Die Anlage eines Mini-Kreisverkehrsplatzes in Höhe Uhlandstraße gemäß beigefügtem Lageplan (Anlage 7.1).

11 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

3. Die Beibehaltung des Fußgängerüberweges ohne bauliche Veränderungen der Fahrbahn in Höhe der KiTa / Haus 25/27 (Anlage 7.2).

14 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

4. Die Aufstellung von zwei Geschwindigkeitsdisplays in Höhe von Uhlandstraße 1 (stadteinwärts) und Johannistal 28 (stadtauswärts).

14 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

5. Die Anlage einer Fahrbahnanhebung inkl. eines Fußgängerüberweges anstelle der derzeit vorhandenen Fußgängerlichtsignalanlage in Höhe der Zufahrt Johannisfriedhof gemäß beigefügtem Lageplan (Anlage 7.3).

8 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

6. Die Anlage von Kfz-Stellplätzen und eines Wendehammers östlich der Zufahrt zum Johannisfriedhof gemäß beigefügtem Lageplan (Anlage 8.1) erfolgt nicht im Zuge der Gesamtmaßnahme. Stattdessen findet 1 Jahr nach der Umsetzung der Baumaßnahmen seitens der Verwaltung eine Evaluation der Parksituation im Johannistal und den angrenzenden Straßen statt. Die Ergebnisse werden der Bezirksvertretung Gadderbaum vorgelegt. Auf der Grundlage der Ergebnisse wird seitens der Bezirksvertretung Gadderbaum neu über die Herstellung der Kfz-Stellplätze entschieden.

11 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

7. Die Anlage von zwei zeitlich befristeten Kfz-Kurzzeitstellplätzen in Höhe Haus 36 für den Bringe-/Holverkehr der KiTa gemäß beigefügtem Lageplan (Anlage 8.2).

10 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen

- getrennte Abstimmung einzelner Punkte -

161 Bezirksamt Brackwede, 22.11.2022, 51-5259

An

Amt für Verkehr, 660.22 Herrn Spree

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

Pohle